

Thema des Monats

Scharnebeck muss ausgebaut werden



Auf dem Bild (v.l.n.r.): Professor Torsten Schlurmann (Franzius-Institut der Universität Hannover), Karl-Heinz Bellmer (Imperial Reederei), Wolfgang Hurtienne (Hamburg Port Authority), Lutz Lauenroth (Stellv. Chefredakteur der Deutschen Verkehrs-Zeitung), Enak Ferlemann (Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium), Dr. Oliver Liersch (Staatssekretär im Niedersächsischen Verkehrsministerium) Foto: IHK

(brb).- Der Elbe-Seitenkanal kann seine zentrale Rolle bei der Bewältigung des Hafenhinterlandverkehrs nur dann spielen, wenn am Standort Lüneburg/Scharnebeck das vorhandene Schiffshebewerk um ein zweites Abstiegsbauwerk ergänzt wird. Das ist eine der zentralen Forderungen der Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg, die durch eine Veranstaltung zur Zukunft des Elbe-Seitenkanals am 25. Juni 2010 in Lüneburg unterstrichen wurde. Mitveranstalter war die Stiftung der Bauindustrie Niedersachsen-Bremen, die zu dieser Frage ein Gutachten des Franzius-Instituts hatte ausarbeiten lassen. Prof. Dr.-Ing. Torsten Schlurmann, Leiter des Franzius-Instituts der Leibniz Universität Hannover, machte deutlich, dass durch den Trend zu größe-

ren Einheiten und Schubverbindungen in der Binnenschifffahrt die Leistungsfähigkeit des jetzigen Schiffshebewerks Scharnebeck eingeschränkt sei.

Staatssekretär Dr. Oliver Liersch vom Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr stellte die Bedeutung der Bundeswasserstraßen in Niedersachsen heraus. Der umfassende Planungsauftrag der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Mitte werde von Niedersachsen unterstützt.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Enak Ferlemann kündigte eine Fortschreibung des Masterplans Güterverkehr mit konkreten Maßnahmen an. Darin werde ein nationales

Fortsetzung Seite 2

Konjunkturumfrage:

Bauunternehmen schauen optimistischer in die Zukunft

(brb).- Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hat die Ergebnisse seiner aktuellen Konjunkturumfrage in seiner Broschüre „Wirtschaftslage und Erwartungen, Frühsommer 2010“ vorgelegt. Grundlage für die DIHK-Ergebnisse sind Befragungen bei über 22.000 Mitgliedsunternehmen, davon 1.500 aus der Bauwirtschaft. Die Umfrage fand in den Monaten April und Mai 2010 statt. Nachfolgend werden die Ergebnisse einer Sonderauswertung für die Bauwirtschaft dargestellt.

Nachdem sich die Einschätzung der Geschäftslage im Februar dieses Jahres eingetrübt hatte und der Saldo aus „gut“- und „schlecht“-Meldungen mit Minus zwei Punkten in den negativen Bereich abgesunken war, überwogen bei den Bauunternehmen im Frühsommer wieder die positiven Meldungen: Nur noch jedes fünfte Unternehmen bewertete die eigene Geschäftslage als „schlecht“, demgegenüber gab jedes vierte Bauunternehmen an, dass seine Geschäftslage „gut“ sei. Immerhin war ein Großteil der Befragten (56 Prozent) mit der eigenen Geschäftslage zufrieden. Die Verbesserung der

Fortsetzung Seite 2

1 Thema des Monats:

Scharnebeck muss ausgebaut werden

Konjunkturumfrage:

Bauunternehmen schauen optimistischer in die Zukunft

2 Kommentar:

Expo 2000

3 Forum Nord:

Mit Information Bußgeld vermeiden

Interview mit

Erstem Polizeihauptkommissar Frank Rex, Zentrale Polizeidirektion, Hannover

4 Trends und Märkte:

Werte

die deutsche Bauindustrie steht für ein werte-orientiertes Denken und Handeln

Ergebnisse der Kabinettsklausur aus der Sicht der Bauindustrie

Impressum



Nachrichten und Kommentar:

Fortsetzung von Seite 1

Hafenkonzept niedergelegt, das den sechsstreifigen Ausbau der Bundesautobahn A1, A7 und A2 vorsehe. Die Y-Trasse werde weiter geplant und im Jahre 2016 werde entschieden, wie die Realisierung voran gehen könne. Ferlemann sah den Ausbau des Elbe-Seitenkanals mit dem Gesamtkonzept zur Mittel- und Oberelbe verknüpft. In einer Podiumsdiskussion mit den Referenten und den Vertretern der Binnenschifffahrt und des Hamburger Hafens wurde deutlich, dass das Bundesverkehrsministerium eine Voruntersuchung begonnen hat mit dem Ziel, die

Erweiterung in Scharnebeck zu prüfen, auch wenn die vorgesehene Nutzungsdauer noch nicht beendet ist.

Prof. Dr.-Ing. Rolf Warmbold, Präsident des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen und Vorsitzender des Stiftungsrates dankte Hauptgeschäftsführer Michael Zeinert der IHK Lüneburg-Wolfsburg, für die ausgezeichnete Organisation der Veranstaltung. Er plädierte dafür, den Hafenhinterlandverkehr unabhängig von der Länderquote als nationale Aufgabe zu verstehen und vor die „Klammer“ des Bundesverkehrswegeplans zu ziehen.

Fortsetzung von Seite 1

Geschäftslage ist wohl zum großen Teil darauf zurückzuführen, dass die Bauunternehmen seit April – nach dreimonatiger witterungsbedingter Zwangspause – ihre Aufträge endlich abarbeiten können. Die Geschäftserwartungen der Bauunternehmer haben sich im Frühsommer im Vergleich zum Jahresbeginn deutlich verbessert: Zwar liegt der Saldo aus „besser“- und „schlechter“-Meldungen weiterhin im negativen Bereich (und das seit Herbst 2007), der Saldo hat sich aber innerhalb von wenigen Monaten um 19 Punkte verbessert und ist mit Minus eins fast ausgeglichen. Der Anstieg des Auftragseingangs im ersten Quartal 2010 von 9,4 Prozent und der mit 24 Mrd. Euro relativ hohe Auftragsbestand Ende März – der höchste Wert seit Mitte 2008 – lässt die Bauunternehmen wieder optimistischer in die Zukunft sehen. Von dieser positiven Entwicklung hat nicht nur der Öffentliche Bau profitiert, auch für den Wirtschaftsbaubau werden wieder steigende Auftragsgänge gemeldet. Hier macht sich die verbesserte Kapazitätsauslastung der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes bemerkbar: Die Geräteauslastung ist von Januar bis April von 75 auf 80 Prozent gestiegen. Entsprechend hat sich der Anteil der Optimisten, die für die nächsten 12 Monate eine Verbesserung ihrer Geschäftslage erwarten, von 12 Prozent im Februar auf 18 Prozent verbessert. Der Anteil der Pessimisten ist hingegen von 32 auf 19 Prozent zurückgegangen. 63 Prozent gingen davon aus, dass ihre Geschäftslage gleich bleibt (Februar: 56 Prozent). Trotz starker Verbesserung der Umfrageergebnisse ist die Bauwirtschaft – als Branche, die der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung „nachläuft“ – mit einem Erwartungssaldo von Minus eins im Vergleich zu den übrigen Wirtschaftszweigen das Schlusslicht. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt lag der Saldo bei Plus 19 Punkten. Am optimistischsten sind die Unternehmen der Industrie: Der Saldo verbesserte sich um 15 Punkte auf 31 Punkte. Die stark verbesserten Geschäftserwartungen in der Industrie wirken sich auch positiv auf die Investitionsdynamik der Industrieunternehmen aus: Der Saldo aus „höhere“- und „geringere“-Meldungen hat sich – das dritte Mal in Folge – verbessert, mit einem Saldo von plus acht Punkten im Vergleich zur Vorumfrage um 16 und im Vergleich zur Vorjahresumfrage um 52 Punkte.

Die Investitionsneigung der Bauunternehmen hat sich im Frühsommer zwar auch verbessert, der Saldo aus „höhere“- und „geringere“-Meldungen liegt mit Minus 11 Punkten (Vorumfrage: Minus 24 Punkten) allerdings immer noch deutlich im negativen Bereich.

Die Beschäftigungspläne der Bauunternehmen haben sich im Vergleich zur Vorumfrage deutlich verbessert: Der Beschäftigungssaldo aus „Ausweitung“- und „Einschränkung“-Meldungen lag mit Minus fünf Punkten zwar weiterhin im negativen Bereich, im Vergleich zur Vorumfrage hat sich das Ergebnis aber um 12 Punkte verbessert. Jedes zehnte Bauunternehmen beabsichtigt, in den nächsten zwölf Monaten den eigenen Personalbestand auszuweiten; im Februar gaben dies nur sechs Prozent an. Der Anteil derer, die ihren Personalbestand reduzieren wollen, ist von 23 auf 15 Prozent gesunken. Stabilisierend wirkt auch, dass drei Viertel der Befragten ihren Personalbestand halten wollen.

Expo 2000

(brb).- Es ist mittlerweile zehn Jahre her, dass die Welt für einige sommerliche Wochen zu Gast in Hannover war. Auf der Expo 2000 näherten sich damals 155 Nationen dem auf die Zukunft ausgerichteten Thema „Mensch, Natur, Technik“ mit ihren unterschiedlichen Vorstellungen an. Das bedeutende und zugleich fröhliche Ereignis ist allen hierzulande in guter, beinahe sehnsuchtsvoller Erinnerung geblieben. Und in vielerlei Hinsicht zehrt die Landeshauptstadt, die gerade ein Expo-Revival gefeiert hat, bis heute von dieser Weltausstellung, der ersten überhaupt in Deutschland.

Nicht wenige haben noch das bewegende Bild vor Augen, wie sich Finanzministerin Birgit Breuel und Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg voller Erleichterung in die Arme fielen, nachdem das Internationale Bureau vor zwanzig Jahren in Paris Hannover den Zuschlag für die Ausrichtung der Expo 2000 gaben. Die beiden wussten schließlich, dieses ebenso aufwendige wie ehrgeizige Vorhaben würde Hannover und der Region neben einem dringend erforderlichen Image-Gewinn vor allem hohe Investitionen in die Infrastruktur bescheren. Und tatsächlich sind in dem Jahrzehnt danach bis zur Eröffnung der Weltausstellung annähernd fünf Milliarden Euro in die einzelnen Projekte gesteckt worden – Nachhaltigkeit zum allgemeinen Nutzen, den keineswegs nur Nahverkehrsteilnehmer tagtäglich haben. Dieser gewaltige Innovationsschub hat nach der Weltausstellung spürbar nachgelassen und droht allmählich ganz seine Wirkung zu verlieren. Das schreit geradezu nach Impulsen für unaufschiebbare Investitionen, die sich trotz der Geldknappheit in den Haushalten intelligent finanzieren lassen. Der damals so findige und mutige Expo-Geist lässt sich vermutlich nicht nur bei heiteren Revivals wieder beleben. Seinerzeit hat er irgendwann sogar jene skeptischen Hannoveraner überzeugt, die sich vielleicht aus falscher Sparsamkeit in einer Bürgerbefragung gegen die Expo 2000 aussprachen.



Mit Information Bußgeld vermeiden

(brb). - Im Gespräch mit Erstem Polizeihauptkommissar Frank Rex, Zentrale Polizeidirektion, Hannover

Baurundblick: Herr Rex, Sie sind anerkannter Experte auf den Gebieten des Verkehrssozialrechts, des Gefahrgutrechts und der Ladungssicherheit. Für die Bauwirtschaft sind die einzuhaltenden Lenk- und Ruhezeiten freier Transporte von besonderer Bedeutung. Seit dem 1. Mai 2006 müssen alle neu zugelassenen Nutzfahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 3,5 Tonnen verpflichtet zum Einbau eines solchen Kontrollgerätes. Welche wesentlichen Änderungen sind bei einem digitalen Kontrollgerät gegenüber dem bisherigen Tachoschreiber festzustellen?

Rex: Die Bedienung ist durch eine andere Gerätegeneration gänzlich anders als bei den älteren analogen Kontrollgeräten. Dieses setzt eine gute Einweisung des Fahrpersonals und auch der Verantwortlichen für die Auswertung und Überwachung der Lenk- und Ruhezeiten, aber auch der Handhabung voraus. Es kommen höhere Anschaffungskosten incl. Folgekosten auf den Unternehmer zu. Zusätzlich müssen auch organisatorische Vorgaben berücksichtigt werden, wie z.B. Speicherungen der Daten des Gerätemassenspeichers und auch der Fahrerkarte in vorgegebenen Zeitintervallen.

Baurundblick: Die Ausnahmeregelung für die Bauwirtschaft, die Fahrzeuge über 3,5 Tonnen vom digitalen Tachographen freistellt, wenn sie nicht weiter als 50 Kilometer vom Firmensitz entfernt sind, muss genau beachtet werden. Fahrzeuge über 7,5 Tonnen müssen ausnahmslos einen digitalen Tachographen eingebaut haben. Was ist den Bauunternehmern und ihren Logistikmitarbeitern zu raten, damit sie sich in diesem Dickicht zurecht finden?



Rex: Die Unternehmen sollten sich fachkundig ausführlich informieren. Dazu gehören auch das Wissen um mögliche Ausnahmeregelungen und um Besonderheiten, die dazu führen, dass alle Vorschriften zu beachten sind.

Hierzu sind sehr hilfreich die vor kurzem erschienenen Leitfäden, die bundeseinheitliche Auslegungshinweise beinhalten. Diese sind über die Homepage des Bundesamtes für den Güterverkehr (BAG) unter www.bag.bund.de kostenfrei herunter zu laden.

Sollten darüber hinaus sich noch Fragestellungen ergeben, ist es sinnvoll bei der möglichen Ahndungsbehörde, beim Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt welches für den jeweiligen Betriebssitz zuständig ist, nachzufragen, um sich später nicht eventuellen Ahndungen aussetzen zu müssen.

Baurundblick: Verstöße gegen die Lenk- und Ruhezeiten werden mit Bußgeldern gegen den Fahrer und den Unternehmer geahndet. Welches sind Ihrer Kenntnis nach die häufigsten Verstöße im Bereich der Bauwirtschaft? Welcher Bußgeldrahmen muss von den Beteiligten beachtet werden?

Rex: Die am häufigsten vorkommenden Verstöße sind die Fehlbedienung der Kontrollgeräte aufgrund mangelnder Kenntnisse. So sind viele Fahrzeugführer kaum in der Lage, einen geeigneten manuellen Nachtrag am Kontrollgerät vorzunehmen, um Ruhezeiten nach einem Wochenende nachzutragen.

Aber auch Lenkzeitüberschreitungen oder zu kurz genommene Fahrtunterbrechungen stehen an der Spitze der Verstöße.

Der Bußgeld- und Verwarnungskatalog des Länderausschusses für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik beinhaltet Bußgelder bis zu einer Höhe von 7.500,- € gegen den Unternehmer.

In der Regel liegen die Bußgelder jedoch in einem Rahmen von ca. 150,- € bis 250,- €, sofern nicht Verwarnungsgelder geringerer Höhe infrage kommen.

Nicht zu unterschätzen ist, dass viele Tatbestände sich auf eine Arbeitsschicht beziehen, was zu sehr hohen Bußgeldern führen kann, wenn sich ein „Dauerverstoß“ über einen längeren Zeitraum erstreckt. In vielen Fällen ist zugleich auch der Unternehmer mit anzuzeigen bei einem dreifachen Bußgeldsatz, der für den Fahrzeugführer gilt. Sobald sich Bußgeldwerte zu Lasten des Unternehmens über einem Betrag von 200,- € ergeben, erfolgt zugleich ein Eintrag im Gewerbezentralregister.



Trends und Märkte

Werte

Die deutsche Bauindustrie steht für ein werte-orientiertes Denken und Handeln:

■ Ethische Grundsätze

Fairness und Gesetzestreue gehen vor. Unsere Unternehmen lehnen Schwarzarbeit und illegale Geschäftspraktiken ab.

■ Nachhaltigkeit

Unsere Unternehmen fühlen sich nachhaltigem und sozial verantwortlichem Wirtschaften verpflichtet. Sie treten für den Erhalt einer intakten Umwelt ein.

■ Partnerschaftlicher Umgang

Unsere Unternehmen sehen die Basis für einen geschäftlichen Erfolg in einem partnerschaftlichen Umgang mit Auftraggebern, Planern, Nachunternehmern und Lieferanten.

■ Qualität

Gemeinsames Ziel der Partner ist die Sicherung einer hohen Bau- und Gestaltungsqualität über die gesamte Wertschöpfungskette Bau.

■ Soziale Verantwortung

Unsere Unternehmen legen Wert auf Tariftreue, engagieren sich in der Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses und in der Weiterbildung der Belegschaften und stehen für eine hohe Qualität der Bauingenieur-ausbildung ein.

Ergebnisse der Kabinettsklausur aus der Sicht der Bauindustrie

(brb).- Das Bundeskabinett hat sich in seiner Kabinettsklausur auf Einsparungen im Bundeshaushalt von etwas mehr als 81 Mrd. Euro bis zum Jahr 2014 verständigt. Wie Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Vorstellung der Ergebnisse ausdrücklich betonte, sei dabei neben dem Bereich Bildung und Forschung auch der Bereich der Bau- und Verkehrsinvestitionen „weitgehend“ ausgeklammert worden. Mit den Einsparungen gelingt es der Bundesregierung dennoch nicht, den zur Einhaltung der Schuldenbremse notwendigen Konsolidierungsbedarf von etwas mehr als 86 Mrd. Euro abzudecken. Trotz aller Einsparungsbemühungen verbleibt eine Finanzierungslücke von 4,7 Mrd. Euro, die bis zum Jahre 2014 noch beschlossen werden muss. Zu deren Deckung stellt die Bundesregierung eine globale Minderausgabe von 5,6 Mrd. Euro in ihre Finanzplanung ein.

Die Bundesregierung hat in ihrem Acht-Punkte-Programm für „Solide Finanzen, Neues Wachstum und Beschäftigung und Vorfahrt für Bildung“ nicht den Weg früherer Konsolidierungsprogramme über Einnahmeerhöhungen und Ausgabenkürzungen zulasten der Investitionen beschritten:

- Das gesamte Konsolidierungsvolumen von 81,6 Mrd. Euro (ohne globale Minderausgabe) stellt nur zu 35 Prozent auf Einnahmenerhöhungen (Streichung Energiesteuervergünstigungen, Ökologische Luftverkehrsabgabe, steuerliche Belastung in der Kernenergiewirtschaft, etc.) ab, zu 65 Prozent entsteht es durch Ausgabenkürzungen.
- Die staatlichen Ausgabenkürzungen gehen zu 65 Prozent auf Einsparungen im Bereich der Sozialausgaben (Arbeitsmarkt, Elterngeld, Wohngeld, Personalkosten) zurück; zu 35 Prozent ergeben sie sich aus der Streichung investiver Ausgaben (CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, Städtebauförderung, Streitkräftereform, etc.).

Die Konsolidierungsstrategie des Bundes ist nach Ansicht der Deutschen Bauindustrie grundsätzlich richtig gewählt. Es ist lediglich kritisch anzumerken, dass eine Konsolidierungslücke von 4,7 Mrd. Euro verbleibt, über deren Schließung in den Verhandlungen über das Sparpaket offenbar keine Einigung erzielt werden konnte.

Bundesminister Dr. Peter Ramsauer hat in den Beratungen über die Haushaltskonsolidierung den zu befürchtenden Absturz der Investitionslinie Verkehr unter die 10-Mrd.-Linie abwehren können. In seinem Brief an den Bundestagsausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 9. Juni 2010 teilt der Minister den Abgeordneten mit, dass seinem Ressort 2011 ein Investitionsvolumen von über 12 Mrd. Euro zur Verfügung stehen wird, davon rd. 10 Mrd. Euro für die Verkehrsträger. Damit fällt die Investitionslinie des BMVBS auf das Niveau der Jahre vor Inkrafttreten der beiden Konjunkturprogramme zurück.

Impressum

Ruth Printmedien Hannover GmbH
Zeißstraße 63, 30519 Hannover
Telefon (05 11) 7 00 86-0
Telefax (05 11) 7 00 86-86

Nordeutsche Landesbank
Girozentrale
Konto 101020 964, BLZ 250 500 00

Sparkasse Hannover
Konto 547 646, BLZ 250 501 80
Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler

Nachdruck, auch auszugsweise
gestattet. Quellenangabe und
Belegexemplare erbeten.